

Offen wie nie

Frauenfeld Im Februar 2019 stehen Stadtratsgesamterneuerungswahlen an. Drei von fünf Behördenmitgliedern treten nicht mehr an. Offenbar gibt es Überlegungen für eine bürgerliche Kampfkandidatur. Und bei einem zweiten Wahlgang könnte es spannend werden.

Mathias Frei
mathias.frei@thurgauerzeitung.ch

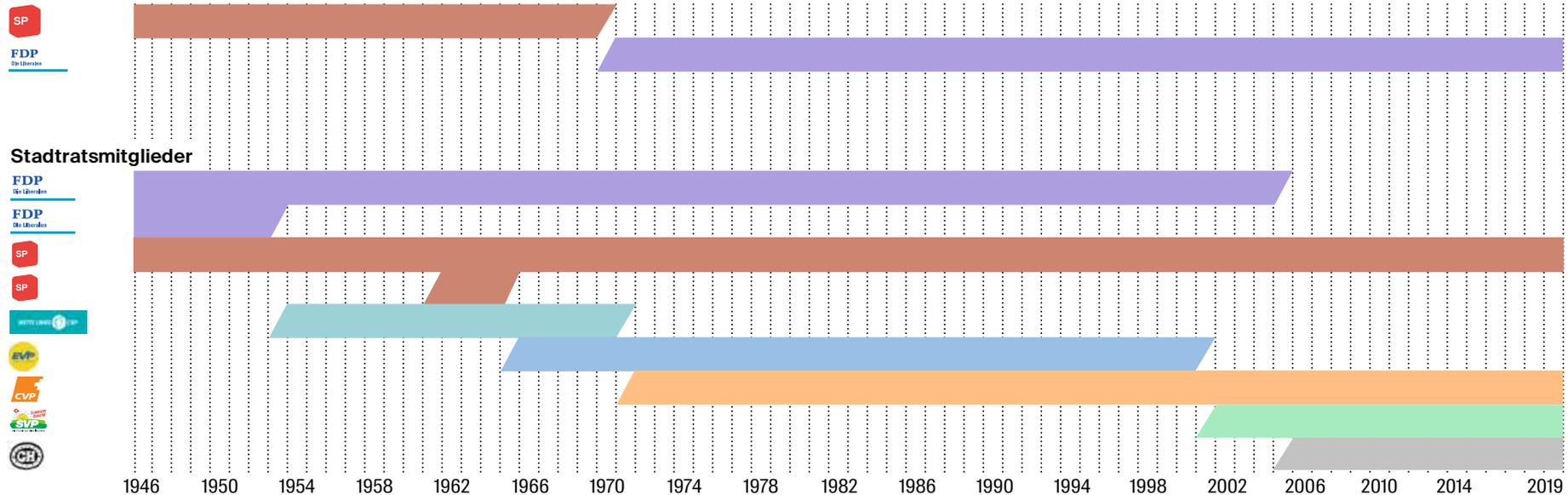
Es ist viel möglich. Wenn es am 31. März 2019 zu einem zweiten Wahlgang bei den Stadtratsgesamterneuerungswahlen kommt. Die Frauenfelder Zauberformel könnte gesprengt werden. Wobei es vermessen ist, bei der aktuellen Stadtratszusammensetzung – Stadtpräsidium FDP; 1 × SP; 1 × CVP; 1 × SVP; 1 × CH – bereits von einer Zauberformel zu sprechen. Denn die aktuelle Sitzverteilung gilt erst seit 2005. Durch die Wahl von Stadtrat Carlo Parolari (FDP) zum Stadtmann entstand eine Vakanz in der Behörde, welche Chrapf & Hirne mit ihrem Kandidat Urs Müller zu nutzen wusste und erstmalig in den Stadtrat einzog.

Man kann davon ausgehen, dass die zwei Bisherigen, Stadtpräsident Anders Stokholm und Stadträtin Elsbeth Aepli, die Wiederwahl im ersten Wahlgang schaffen. Falls es für die drei freien Sitze nebst Kandidaten von SP, CH und SVP noch eine oder mehrere Kampfkandidaturen gibt, ist es wahrscheinlich, dass nicht alle das absolute Mehr erreichen. Im zweiten Wahlgang können dann auch Parteien eingreifen, die vorher noch unbeteiligt waren. Zudem geht es dann lediglich um das relative Mehr.

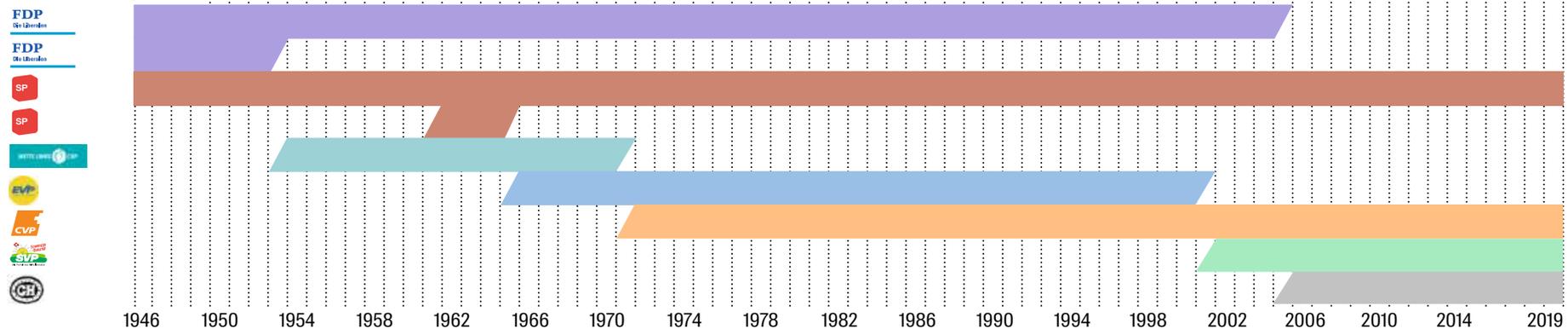
Und offenbar gibt es Überlegungen für eine Kampfkandidatur, und zwar von bürgerlicher Seite. Wie FDP-Präsident **Roman Pulfer** erklärt, ist seine Partei der Meinung, dass der Stimmbürger eine «echte Auswahl» haben soll. «Dabei sollen sie sich insbesondere auch für eine klare bürgerliche Ausrichtung des Stadtrats aussprechen können. Vor diesem Hintergrund streben wir eine zusätzliche Kandidatur einer bürgerlichen Kandidatin oder eines bürgerlichen Kandidaten an.» Zu diesem Zweck arbeite bei der FDP bereits eine Findungskommission. Ob es aber effektiv eine zusätzliche bürger-

Der Frauenfelder Stadtrat seit 1946

Stadtmann/Stadtpräsident



Stadtratsmitglieder



Quelle: Kurt Sieber/Grafik: jbr

Spätestens am 31. März steht neuer Stadtrat fest

Der erste Wahlgang der Stadtratsgesamterneuerungswahlen ist für den 10. Februar 2019 terminiert. Das ist ein eidgenössischer Abstimmungssonntag. Spätestens am **31. März 2019** steht die Zusammensetzung des Stadtrats für die Legislatur 2019 bis 2023 fest. Dann geht zeitgleich mit den Gemeinderatswahlen der zweite Wahlgang für den Stadtrat über die Bühne. Kandidaturen müssen übrigens bis spätestens 17. Dezember der Stadtkanzlei gemeldet werden.

Die Nominationsversammlung der **SP** für die Nachfolge von Vizestadtpräsidentin Christa Thorner findet am **28. September** statt. **CH** entscheidet am **1. Oktober**, wen sie für Stadtrat Urs Müller ins Rennen schickt. Bei der **SVP** geht die Nomination der Stadtratskandidatur (Nachfolge Stadtrat Ruedi Huber) am **2. November** vonstatten. (ma)

liche Kandidatur gibt, darüber müssten laut Pulfer die Parteimitglieder entscheiden. Ähnlich tönt es bei EDU-Präsident **Christian Mader**: «Die EDU will einen bürgerlichen Stadtrat.» Der amtierende Stadtrat habe nicht immer überzeugt, «deshalb ist die Zusammensetzung auch bestritten». Aus den Reihen der EDU werde niemand ins Rennen gehen. Aber Mader schliesst nicht aus, eine bürgerliche Kampfkandidatur zu unterstützen. Zurückhaltender zeigt man sich bei der SVP. Präsident **Andreas Elliker** sagt, die SVP-Stadtpartei wolle ihren Sitz verteidigen. Das sei das Ziel. «Jede Partei schaut zuerst für sich.»

Forderung: Gemeinderatsvor Stadtratswahlen

Namens «Menschen für Frauenfeld» (MproF) erklärt **Fredi Marty**, man wolle an der aktuellen Stadtratszusammensetzung festhalten. Die frei werdenden Sitze würden unbestritten der SP, SVP und CH zustehen. «MproF als kleine Gruppierung hat selbstver-

ständig keinen Sitzanspruch», sagt Marty. Auch eine Kampfkandidatur würde seine Gruppierung nicht unterstützen. «Wir glauben, dass SVP, SP und CH fähige Leute ins Rennen schicken.» Was ihm aber ein Anliegen ist: dass die Gemeinderats- vor den Stadtratswahlen stattfinden. So könnte möglichen Verschiebungen bei den Parlamentsmandaten Rechnung getragen werden.

Auch Grünen-Bezirkspräsident **Michael Pöll** will nicht an der aktuellen Sitzverteilung rütteln. «Die bestehenden Stimmenanteile geben keinen Anlass dazu. Eine Kampfkandidatur steht für die Grünen darum auch nicht zur Debatte.» Da aber grüne Themen im Stadtrat schlecht vertreten seien, behalte man sich darum vor, eine Kampfkandidatur mit «grünem Profil» zu unterstützen. SP-Präsident **Stephan Grob** sagt: «In erster Linie können wir auf unsere eigenen Kandidatur(en) Einfluss nehmen – und klar ist, dass die SP die Zusammensetzung der Regierung am liebsten links der Mitte

sieht.» Nach der Nominationsversammlung werde klar sein, welchen Weg die Sozialdemokraten einschlagen würden. Es sei denkbar, dass die SP eine linke Kampfkandidatur unterstütze. «Dies könnte in einem zweiten Wahlgang zum Thema werden. Bedingung ist, dass dies ein Gewinn für die Linke ist und damit auch die Kandidat(en) der SP nicht in Gefahr gebracht werden», sagt Grob.

FDP und SP sind durchgehend in Regierung

Auch wenn es keine Frauenfelder Zauberformel gibt, ist die Stadtregierung in ihrer Zusammensetzung ein Hort der Kontinuität. Seit Einführung eines Stadtparlaments im Jahr 1946 hat es sieben Regierungsparteien gegeben. Am amtsjüngsten sind CH (seit 2005) und SVP (seit 2001). Danach folgt die 19-jährige Vertretung der Christlich-sozialen Partei (CSP). Auf der anderen Seite stehen die FDP und die SP. Beide Parteien sind seit 1946 durchgehend im Stadtrat vertreten und

haben die vier Stadtmänner gestellt respektive den Stadtpräsidenten ab 2015. Zudem waren FDP und SP auch schon mit je zwei Sitzen vertreten. Die SP schaffte es gar, zwischen 1961 und 1965 drei Mandate zu halten, den Stadtmann und zwei Stadträte. Auf 1961 war das Gremium von vier auf fünf Personen vergrößert worden.

Ein Dauerbrenner ist die FDP. Die Freisinnigen hatten von 1946 bis 1953 und von 1970 bis 2005 zwei Vertreter in der Regierung. Lange hatten auch die christlichen Parteien zwei Sitze, nämlich von 1965 bis 1971 mit einem CSP- und einem EVP-Stadtrat, ab 1971 bis 2001 mit einem EVP- und einem CVP-Mandat. Die längste Zeitdauer mit derselben parteipolitischen Zusammensetzung waren die besagten 30 Jahre mit zwei Sitzen für die FDP (inklusive Stadtmann) sowie je einer Vertretung der SP, EVP und CVP. CVP, EVP, CH und GLP haben sich nicht an der Parteienumfrage beteiligt.